Behandlungsvertrag mit Datenschutzvereinbarung (DSGVO)

zwischen

Heilpraktiker/in

Name, Vorname	Dr. phil Yvonne Voß
Praxisanschrift	Praxis für Osteopathie & Sport, Praunheimer Landstr. 50
PLZ, Praxisort	60488 Frankfurt

und

Name, Vorname	……
Geburtsdatum	……
Anschrift	……
PLZ, Wohnort	……
E-Mail	……
Telefonnummer	……
Kostenträger	……
Zusatzversicherung	……
Beihilfe	……

§ 1 Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages ist eine naturheilkundliche, osteopathische Behandlung des Patienten/in einschließlich der dazu notwendigen Diagnostik- und Therapieverfahren. Es ist die Sorgfaltspflicht des Patienten/in, alle Unterlagen mitzubringen, die von differenzialdiagnostischem Nutzen für die osteopathische Behandlung sind.

§ 2 Honorar, Behandlungsdauer

Die Behandlungsdauer beträgt 45 - 75 Minuten und erfolgt gemäß Patientenrechtegesetz nach anerkannten fachlichen und therapeutischen Standards.

Als Honorar wird ein Betrag von € 95 - € 120 vereinbart. Die Dauer der Behandlung richtet sich nach dem Behandlungsverlauf. Die Gebühr für Hausbesuche wird individuell nach Anfahrtsweg und Fahrzeit berechnet.

Die Honorarabrechnung für Privatversicherte erfolgt grundsätzlich nach der Gebührenordnung für Heilpraktiker.

Das Honorar ist unmittelbar nach der Behandlung fällig.

§ 3 Aufklärung / Hinweise

(1) Die Behandlung ersetzt eine ärztliche Diagnose und Therapie nicht vollständig. Sofern ärztlicher Rat erforderlich ist, sei es aufgrund der Art der Erkrankung oder aufgrund gesetzlicher Vorschriften, wird sofort eine Weiterbehandlung durch einen Arzt/eine Ärztin veranlasst.

(3) Die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) übernehmen ggf. keine Behandlungskosten von Heilpraktiker/innen. Der Versicherte übernimmt die eigenständige Abklärung mit seiner Krankenkasse.

(4) Versicherte bei privaten Krankenkassen mit Voll- oder Zusatzversicherung können einen Erstattungsanspruch ihrer Behandlungskosten gegenüber ihrer Versicherung haben. Der Erstattungsanspruch gegenüber einem Kostenträger ist vor Beginn der Therapie von dem Patienten/der Patientin eigenverantwortlich zu klären und durchzuführen.

(5) Die Erstattungen der PKV oder ggf. der staatlichen Beihilfe sind in der Regel auf die Sätze des Gebührenverzeichnisses für Heilpraktiker beschränkt. Etwaige Differenzen zwischen den Beträgen aus dem Gebührenverzeichnis und dem vertraglich vereinbarten Heilpraktiker-Honorar sind von dem Patienten/der Patientin zu tragen. Die Ergebnisse sämtlicher Erstattungsverfahren haben keinen Einfluss auf das vereinbarte Heilpraktiker-Honorar. Der Honoraranspruch der Therapeutin ist von dem Patienten/der Patientin unabhängig von jeglicher Versicherungsleistung und/oder Beihilfeleistung in voller Höhe zu begleichen.

§ 5 Ausfallhonorar

Versäumen Patient/innen einen fest vereinbarten Behandlungstermin, schulden Sie der Heilpraktikerin ein Ausfallhonorar in Höhe des Betrages, der dem für den Termin reservierten Zeitfenster entspricht. Dies gilt nicht, wenn Patient/innen mindestens 24 Stunden vor dem vereinbarten Termin absagen oder ohne ihr Verschulden am Erscheinen verhindert waren. Patient/innen, die mit Krankheitssymptomen, die nicht in Verbindung mit dem Behandlungsgesuch stehen, in der Praxis erscheinen, erhalten keine Behandlung und bekommen das Ausfallhonorar in Rechnung gestellt.
Der Nachweis, dass kein Schaden oder nur ein wesentlich niedrigerer entstanden sei, bleibt hiervon unberührt, ebenso der Nachweis eines höheren Schadens durch die Heilpraktikerin. Eine Kürzung der Behandlungszeit aufgrund privater Gründe des Patienten/in bedingt keine Kürzung des zu leistenden Honorars.

§ 6 Schweigepflicht

Die Therapeutin unterliegt der Schweigepflicht. Im Falle eines Auskunftsersuchens z.B. durch Kostenträger, Bezugspersonen oder Arzt/Ärztin muss die Heilpraktikerin schriftlich durch den Patienten/die Patientin von der Schweigepflicht entbunden werden.

§ 7 Gerichtsstand

Meinungsverschiedenheiten sollten gütlich beigelegt werden. Beschwerden, Gegen-vorstellungen oder abweichende Meinungen sollten immer schriftlich der anderen Partei vorgelegt werden. Bei Meinungsverschiedenheiten aus dem Behandlungsvertrag, die trotz beiderseitigen Bemühungen nicht gütlich beigelegt werden, ist der Gerichtsstand die Praxisanschrift.

§ 8 Schlussbestimmungen

Für diesen Behandlungsvertrag, bzw. dessen Durchführung gilt ausschließlich deutsches Recht. Abweichende Vereinbarungen zu diesem Behandlungsvertrag sind nur dann wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart wurden.

…… ……...

(Ort, Datum) (Unterschrift Patient/in)

…… ……...

(Ort, Datum) (Unterschrift Heilpraktikerin)

§ 9 Einwilligungserklärung gemäß DS-GVO in die Verarbeitung von Daten

Vor- und Nachname …….

Geburtsdatum ……..

Anschrift ……

PLZ, Wohnort ……

Hiermit willige ich in die Speicherung und Verarbeitung meiner Daten sowie meiner Gesundheitsdaten zum Zwecke der Behandlung, Dokumentation und Abrechnung (nach §630 Abs.1 BGB) ein. Die Daten können nur von berechtigten Personen eingesehen und bearbeitet werden. Ich bin darüber informiert, dass ohne mein Einverständnis eine Behandlung nur eingeschränkt, gegebenenfalls gar nicht erfolgen kann.

Einwilligung in den digitalen Rechnungsversand

Ich willige ein, dass mir die Praxis meine Rechnungen künftig in elektronischer Form an meine E-Mail-Adresse übersendet.

Die Rechnungen enthalten sensible Gesundheitsdaten (z.B. Diagnosen und Behandlungen). Zum Schutz dieser Daten werden die Rechnungs-PDFs verschlüsselt versendet. Den für das Öffnen der Rechnung erforderlichen Freischaltcode erhalte ich per SMS an meine Mobilfunknummer.

Mir ist bekannt, dass die Datenübertragung im Internet Risiken bergen kann.

Ihre Rechte

Der/die Unterzeichnende hat das Recht, diese Einwilligung jederzeit und ohne Angabe einer Begründung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Der Widerruf kann per E-Mail, Fax oder postalisch an mich übermittelt werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt.

Sie haben das Recht, über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten Auskunft zu erhalten. Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt auf Basis von gesetzlichen Regelungen. Unter bestimmten Voraussetzungen steht Ihnen das Recht auf Löschung von Daten, das Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit zu.

Außerdem haben Sie das Recht, sich an die zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu wenden, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist Artikel 9 Absatz 2 DSGVO in Verbindung mit Paragraf 22 Absatz 1 Bundesdatenschutzgesetz.

……. ……...

(Ort, Datum) (Unterschrift Patient/in)